

PRESSEMITTEILUNG

Zeichen: 2.331 Zeichen (mit Leerzeichen, ohne „Über den Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung - AGP“)

Sozialpolitik / Vermögensungleichheit

Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung fordert stärkere Teilhabe am Kapital der Unternehmen

[Kassel, 23. März 2016] In der aktuellen Debatte um die in Deutschland bestehende Kluft zwischen Arm und Reich fordert der Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung - AGP eine stärkere Teilhabe der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen. Angesichts der jüngsten Zahlen der Bundesbank zur Vermögensungleichheit in Deutschland müsse sich die Sozialpolitik wieder auf die Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in breiten Schichten der Bevölkerung konzentrieren, so der 1. Vorsitzende der AGP, Walter Ernst, um die Freiheit, Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit des Einzelnen in unserer Gesellschaft zu stützen.

„Vor dem Hintergrund der Nullzinspolitik und einer einseitigen staatlichen Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorgeprodukte fehlt es einem Großteil der Bevölkerung an Anlagemöglichkeiten, um eine ernsthafte Vermögensbildung zu betreiben. Durch die Teilhabe der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen in Form von Belegschaftsaktien oder stillen Beteiligungen könnte eine breite Bevölkerungsschicht von den Gewinnen und Wertzuwächsen der Unternehmen profitieren und langfristig Vermögen aufbauen. Bislang fehlt es der deutschen Politik aber am Willen, sich dieses Themas anzunehmen. Auch Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sind gefordert, dass Thema in die öffentliche Debatte stärker einzubeziehen“, so Dr. Heinrich Beyer, Geschäftsführer der AGP.

Nach aktuellen Schätzungen der AGP beteiligen in Deutschland rund 4.200 Unternehmen ihre Mitarbeiter als Aktionäre oder stille Gesellschafter am Kapital. Als Grund für die geringe Verbreitung sieht der Verband zum einen eine mangelnde Bereitschaft der Akteure, das Thema öffentlich zu diskutieren und zu kommunizieren sowie die unzureichende staatliche Förderung. So fordert die AGP

seit langem eine Anhebung der Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmersparzulage sowie des Steuerfreibetrags für Überlassungen von Unternehmensanteilen durch den Arbeitgeber. Darüber hinaus fordert der Verband von der Politik, dass das bereits vorhandene Angebot an Informationen zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung, das beispielsweise vom Wirtschaftsministerium bereitgestellt wird, ausgebaut sowie prominenter platziert und thematisiert wird.

Über den Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung - AGP

Unter dem Motto „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ setzt sich die AGP seit über 60 Jahren für eine stärkere Teilhabe der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen ein. Mitglieder des gemeinnützigen Vereins sind Unternehmen, die Mitarbeiterbeteiligung praktizieren, sowie Wissenschaftler, Fachexperten und Personalverantwortliche.

Pressekontakt

Dirk Lambach
dirk.lambach@agpev.de
Tel.: 0561 / 9324250